



FINO-Pointer 12.08.2019

# Libyen im Würgegriff der Kriegsparteien

Reinhard Schulze (FINO)

Am 4. August 2019 griff eine Kampfdrohne ein Verwaltungsgebäude in al-Qal'a, einem Stadtteil der etwa 900 km südlich von Tripolis gelegenen Kleinstadt Murzuq in der libyschen Region Fezzān, an. Bei dem Angriff kamen 42 Menschen ums Leben, mindestens 60 wurden teils schwer verletzt. Wenig später reklamierte die Luftwaffe der sogenannten Libyschen Nationalarmee (LNA), die unter dem Kommando von Ḥalīfa Ḥaftar steht und die als militärische Exekutive des Regimes des «Repräsentantenhauses» (House of Representatives, HoR) mit Sitz in der ostlibyschen Stadt Tobruk agiert, den Angriff für sich. Ziel seien tschadische «Terroristen» gewesen, die Murzuq zu ihrem Aufmarschgebiet gemacht hätten.

Bei diesem folgenschweren Angriff wurden aber nicht eine der vier auch in Libyen operierenden tschadischen Rebellengruppen getroffen, sondern eine Versammlung von etwa 200 führenden Vertretern lokaler Gruppierungen der Tubu und Touareg, die sich in Murzuq zu einem Versöhnungstreffen versammelt hatten. Bei dem Zusammentreffen waren vorgängig auch neue Allianzen durch Heiraten geschlossen worden, weshalb unter den Opfern auch Angehörige einer Hochzeitsgesellschaft waren. Mit diesem Treffen sollte ein Schlussstrich unter die seit 2012 andauernden, teils kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen lokalen Gemeinschaften gezogen werden. Kontrahenten waren Bünde der Touareg, der Tubu, arabischer

Stämme (vor allem der Awlād Sulaymān, Warfalla, Awlād Bū Sayf) und der sogenannten ahālī, arabisierte Nachkommen von Sklaven aus Subsahara-Regionen. Unterstützt wurden die Fraktionen durch auswärtige Alliierte aus Algerien und Mali (Touareg, v.a. die Aġġar-Föderation), Tschad (Tubu) und Sudan (arabische Stämme).

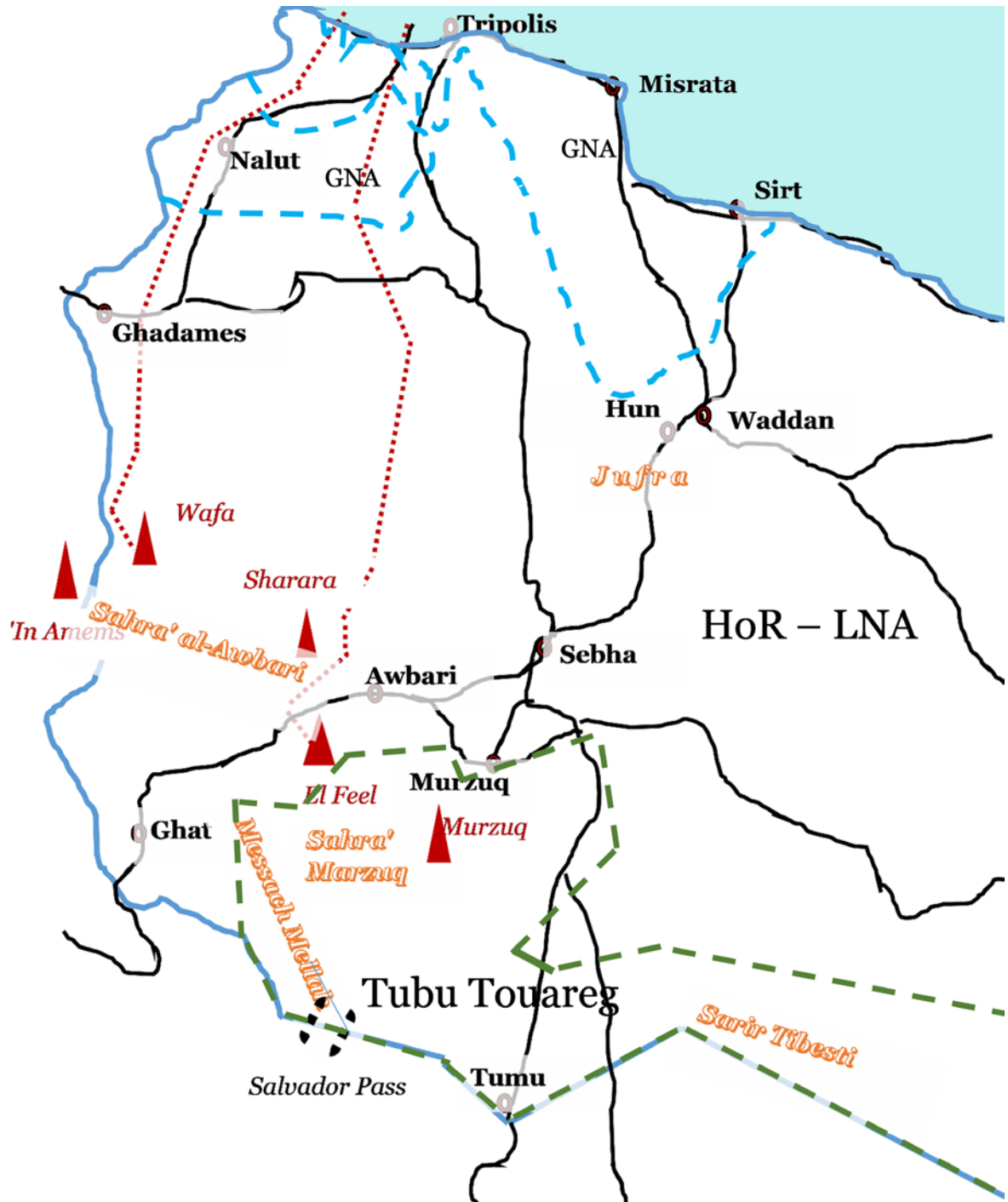
Bis zur ersten Offensive der LNA 2016 hatte die Region unter der Oberhoheit der «Dritten Kraft», einer Miliz aus der nordlibyschen Stadt Miṣrāta, gestanden. Nach ihrem Abzug Anfang 2017 war ein Machtkampf über das Fezzān-Becken und die dortigen drei grossen Erdölfelder (Šārāra, al-Fīl (El Feel) und Murzuq) entbrannt, die von der damals noch funktionierenden staatlichen National Oil Corporation und von westlichen Erdölfirmen (vor allem der spanischen Repsol, der italienischen ENI und der französischen Total) ausgebeutet wurden. Italienische Vermittlungsversuche hatten nur geringen Erfolg. Die Wirren erlaubten es Ḥaftars LNA, die Fezzān-Region im Januar und Februar 2019 einzunehmen. Ḥaftar ging es um die rückwärtige Absicherung des geplanten Angriffs auf Tripolis, um Vervollständigung seiner Herrschaft über die libyschen Erdölförderstätten und um die Kontrolle der transsaharischen Zugangs- und Transitpunkte für Migranten aus den Ländern südlich der Sahara durch die HoR-Regierung.

Doch schon Ende April und Anfang Mai 2019 war die LNA gezwungen, ihre Truppen aus dem

Fezzān-Becken abzuziehen, um die Front im Norden zu verstärken. Im nun entstandenen Machtvakuum entbrannte ein multilateraler Konflikt, an dem sich auch Milizen aus dem Sudan und Tschad beteiligten. Das Versöhnungstreffen am 4. August sollte wohl dem Verschiedenen, einen Interessensausgleich herbeizuführen und die Grundlagen für einen sozialen und politischen Kompromiss zu finden. Einer der Wortführer waren der Touareg-Führer und einstige Gaddafi-Loyalist 'Alī Sulaymān Kanna, der noch zu Gaddafis Zeiten als Militärkommandant im Süden eingesetzt worden war, und der Gaddafi-treue Luftwaffenoffizier 'Alī Šarīf ar-Rīfī, der 2017 nach Waddān in Nord-Fezzān zurückgekehrt war. Beide machen keinen Hehl aus ihrer Feindschaft zu Ḥaftar und dem HoR; dadurch waren sie fast automatisch Verbündete der international anerkannten Regierung des National Accord (GNA) von Fāyiz as-Sarrāġ mit Sitz in Tripolis geworden. Doch deren Machtbereich beschränkt sich heute im Fezzān nur noch auf kleine westliche Bereiche der von Repsol betriebenen Šarāra-Erdölfelder. Dies zwang die lokalen Eliten in Murzuq zu einer politischen und militärischen Reorganisation, die auf eine innere Autonomie Fezzāns hinausläuft. Zwar sind Sabhā, die grösste Stadt des Fezzān, und vor allem der Tamenhint Luftwaffenstützpunkt, 30 km nordöstlich von Sabhā, unter der Kontrolle von LNA-treuen, zum Teil aus dem Sudan stammenden Milizen, doch deutet sich hier ein Staatsbildungsprozess an, der sich auch auf Touareg- und Tubu-Gemeinschaften in Niger, Mali und Algerien erstrecken könnte. So wird mehr und mehr die Forderung erhoben, auch diesen Gemeinschaften die libysche Staatsangehörigkeit zu gewähren; die arabischen Gemeinschaften ihrerseits argwöhnen eine gezielte «Entarabisierung» Fezzāns und suchen verstärkt den Schutz der LNA.

Es war sicherlich Ḥaftars strategisches Ansinnen, den Zugewinn an Autonomie im Süden Libyens zu unterbinden, allein schon, um seine Kontrolle über die Flüchtlingsrouten und die Erdöllagerstätten sicherzustellen. Letzteres gilt vor allem für den Salavdor-Pass, der am nördliche Ende des Manguéni-Plateaus in der Nähe des Dreiländerecks Algerien, Niger und Libyen liegt. Der schmale Bergpass wird von gut bewaffneten Schleppern und Rebellen benutzt, um den offiziellen Grenzübergang von Tummo zu umgehen. Knapp 100'000 Flüchtlinge dürften sich zurzeit in Fezzān aufhalten, die meisten in der Region Murzuq. Das sind etwa 10% aller in Libyen lebenden Flüchtlinge.

Ob sich die libyschen Kriegsparteien wie vom UN-Sonderbeauftragten, dem libanesischen Politikwissenschaftler Ghassan Salamé, ange-regt, auf einen Waffenstillstand einigen, der am Tag des Opferfests, also am 11. August, «bedingungslos» in Kraft treten sollte, bleibt abzuwarten. Für den Fezzān könnte der Waffenstillstand die Chance eröffnen, den internen Staatsbildungsprozess mit friedlichen Mitteln voranzutreiben. Früher oder später werden so politische Strukturen entstehen, die auch für die Europäer die Chance bieten, neue Wege im Umgang mit der Fluchtbewegung in der westlibyschen Sahara zu gehen. Dazu gehört auch ein Überdenken des französischen Engagements an der tschadisch-libyschen Grenze, das als Parteinahme für den HoR und Ḥaftars LNA verstanden wird. Solange aber die französische Politik darauf abzielt, in Libyen «einen nationalen Konsens anzustreben, damit der libysche Staat den Herausforderungen des Terrorismus und der Migration begegnen kann, mit denen er derzeit konfrontiert ist» (France diplomatie), wird eine durch eine «soft power diplomacy» unterstützte Befriedungspolitik für den Fezzān kaum möglich sein.



[https://www.fino.unibe.ch/formate/fino\\_pointer/index\\_ger.html](https://www.fino.unibe.ch/formate/fino_pointer/index_ger.html)